

# **GUTACHTEN**

Bundesfachschaftentagung 2019

## **Religion in der Juristischen Ausbildung**

Workshop Nr. 5

Severin Fuchs (Universität Heidelberg)

Marleen Kröger (Universität Heidelberg)

Marlene Schmitt (Universität Heidelberg)

Melissa Sehringer (Universität Heidelberg)

**BRF**

Bundesverband  
rechtswissenschaftlicher  
Fachschaften e.V.

## Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung .....	3
B. Religiöse Symbole – insbesondere im Islam .....	3
1. Basis im Koran.....	3
2. Verschiedene Formen der Verschleierung .....	4
C. Religion im Studium.....	4
1. Rahmenbedingungen an Universitäten.....	5
2. Verschleierung .....	5
a) In Veranstaltungen .....	6
b) Auf dem Campus.....	6
3. Europäischer Vergleich.....	7
a) Rechtslage in Belgien.....	7
b) Rechtslage in Frankreich.....	7
c) Rechtslage in Norwegen .....	8
D. Religion im Staatsdienst .....	9
1. Religiöse Symbole in der Schule .....	9
2. Religiöse Symbole im Gericht.....	10
3. Europäischer Vergleich.....	12
E. Arbeitsauftrag .....	12
Impressum .....	14

## A. Einleitung

Verschiedene Gerichtsentscheidungen über das Tragen von religiösen Symbolen im Staatsdienst sind ein Klassiker in der juristischen Lehre. Anfang des Jahres wurde der Ausschluss einer vollverschleierte Studentin von einer Lehrveranstaltung heftig diskutiert. Der Umgang und die Ausübung von Religion im Jurastudium und in juristischen Berufen sind somit ein stets aktuelles Thema.

In diesem Workshop soll sich mit der Möglichkeit der Religionsausübung während der juristischen Ausbildung und darüber hinaus befasst werden.

## B. Religiöse Symbole – insbesondere im Islam

In vielen Religionen wird der Glaube durch Anhänger\*innen nach außen mittels verschiedener Symbole dargestellt. Beispiele hierfür sind ein Kreuzanhänger im Christentum, die Kippa im Judentum oder ein Kopftuch im Islam.

Im Folgenden wird speziell auf die religiösen Verschleierungen von Musliminnen eingegangen. Aufgrund von aktuellen Ereignissen, die später noch besprochen werden, soll das als informative Grundlage für die spätere Diskussion dienen.

### 1. Basis im Koran

Die Verschleierung von Frauen gehört, besonders im Westen, zu einem der am häufigsten diskutierten Gebote des Islams. Verschiedene Textpassagen aus dem Koran werden hierfür herangezogen.

Ein zentraler Vers in Sure 24/31 lautet:

*„Und sag den gläubigen Frauen, sie sollen die Augen niederschlagen, und sie sollen darauf achten, dass ihre Scham bedeckt ist, den Schmuck, den sie tragen, nicht offen zeigen, soweit er nicht normalerweise sichtbar ist, ihren himār über den Schlitz (sc. des Kleides) ziehen“<sup>1</sup>*

**Vorausgesetzt wird hier wohl eine altarabische** Frauenbekleidung, bestehend aus einem langen Kleid mit weitem Halsausschnitt und einem über den Kopf und die Schultern drapierten Umschlagtuch, genannt himār.

Traditionell wird diese Passage so verstanden, dass das Ende des Kopftuchs auch über das Dekolleté der Frauen zu drapieren ist und der Kopf damit zwangsläufig zu verdecken sei. Einige argumentieren dabei, dass die Frau, um ihr Dekolleté zu verdecken, die Tücher über ihr Gesicht fallen lassen müsse und fordern somit eine Vollverschleierung. Dem wird von einigen Kritiker\*innen entgegengehalten, dass dem Vers lediglich die Aufforderung zu entnehmen sei, das Dekolleté zu verdecken. Das könnte auch durch einen Schal erreicht werden, ohne dabei den Kopf zu bedecken.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Zitiert nach der Übersetzung von Paret.

<sup>2</sup> Siehe Wielandt in „Die Vorschrift des Kopftuchtragens für die muslimische Frau: Grundlage und aktueller innerislamischer Diskussionsstand“ (abgerufen unter: [http://www.deutsche-islam-konferenz.de/Shared-Docs/Anlagen/DIK/DE/Downloads/Sonstiges/Wielandt\\_Kopftuch.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.deutsche-islam-konferenz.de/Shared-Docs/Anlagen/DIK/DE/Downloads/Sonstiges/Wielandt_Kopftuch.pdf?__blob=publicationFile)) (13.05.2019).

Als weiterer Vers zur Begründung eines Kopftuchgebots wird häufig Sure 33/59 herangezogen:

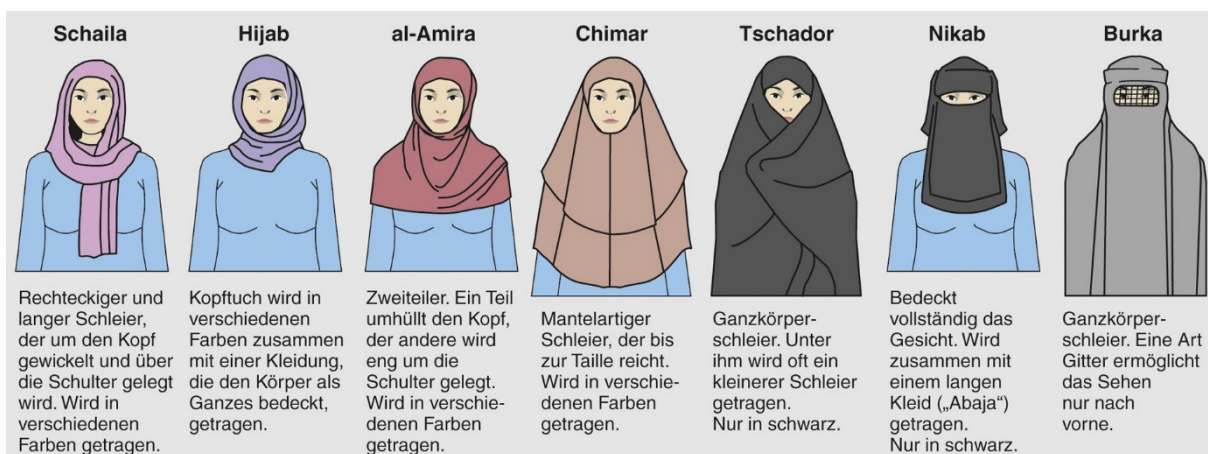
*“Sag deinen Gattinnen und Töchtern und den Frauen der Gläubigen, sie sollen sich etwas von ihrem Gewand herunterziehen. So ist am ehesten gewährleistet, dass sie erkannt und daraufhin nicht belästigt werden.”*

Er wird so verstanden, dass gläubige Frauen ihrem Erscheinungsbild nach als solche zu erkennen seien sollten, indem sie sich durch ihr Gewand verschleiern. Genaue Kriterien für die Verschleierung werden nicht genannt und sind unter den Interpret\*innen dieser Passage strittig.<sup>3</sup>

Es lässt sich festhalten, dass der Koran keine konkrete Beschreibung einer Art und des Ausmaßes der Verschleierung liefert und in dieser Hinsicht sehr unterschiedlich interpretiert wird.

## 2. Verschiedene Formen der Verschleierung

Die weibliche Verschleierung im Islam ist vielfältig. Neben dem hierzulange vergleichsweise vertrauten Hijab, existieren weitere Verschleierungsformen. Die unterschiedlichen Verschleierungsformen haben sich in verschiedenen Regionen im arabischen Raum entwickelt. Es variiert der Grad der Bedeckung, von einer Kopfbedeckung bis hin zu einer Ganzkörperverschleierung. Häufig wird hierbei die Burka als Synonym für die Vollverschleierung verwendet und dabei nicht zwischen einem Nikab und einer Burka unterschieden.



Quellen: Globus, dpa

## C. Religion im Studium

Welchen Platz kann und sollte Religion im Studium einnehmen? Ist eine Trennung von Studium und Religion geboten oder sollte Studierenden die Möglichkeit gegeben werden, ihrem

<sup>3</sup> Siehe „Die Verhüllung der Frau“ (abgerufen unter: [https://www.deutschlandfunk.de/sure-33-vers-59-die-verhuellung-der-frau.2395.de.html?dram:article\\_id=386654](https://www.deutschlandfunk.de/sure-33-vers-59-die-verhuellung-der-frau.2395.de.html?dram:article_id=386654)) (13.05.2019).

Glauben auch auf dem Universitäts-Campus nachzukommen? Um diesen Fragen nachzugehen, gilt es die aktuellen Begebenheiten an den Universitäten in Deutschland zu beleuchten. Im Folgenden werden zunächst die räumlichen Rahmenbedingungen an den Universitäten dargestellt (1.). Daraufhin konzentrieren sich die Erläuterungen auf das religiöse Symbol der Verschleierung und die Akzeptanz an den Universitäten (2.). Schließlich sollen diese Beobachtungen im europäischen Vergleich eingeordnet werden (3.).

## 1. Rahmenbedingungen an Universitäten

Die Frage, ob Universitäten muslimischen Studierenden einen Gebetsraum zur Verfügung stellen sollten, wurde in den letzten Jahren viel diskutiert. Gläubige Muslim\*innen beten fünfmal täglich. Dabei ist zwischen den Veranstaltungen häufig nicht genug Zeit, um die nächste Moschee aufzusuchen. Aus diesem Grund stellen viele Universitäten ihren Studierenden einen Gebetsraum zur Verfügung.

So beispielsweise die Technische Universität Berlin (TU Berlin), die einen muslimischen Gebetsraum, sowie eine Turnhalle für ein wöchentliches Freitagsgebet zur Verfügung stellt. Dies wurde unter anderem durch den Präsidenten der TU Berlin *Christian Thomsen* kritisiert. *Thomsen* ist überzeugt, dass Religion und Staat an einer staatlichen Hochschule getrennt werden müssten.<sup>4</sup> Als Folge wurden die vorhandenen Gebetsräume geschlossen. Ähnliche Situationen spielten sich auch an anderen Universitäten ab. So schloss die Hochschule Bochum ihren Gebetsraum im Jahr 2012.<sup>5</sup> Im Jahr 2016 folgten die Technische Universität Dortmund und die Universität Duisburg-Essen diesem Beispiel.<sup>6</sup> Neben der Trennung von Religion und Staat beriefen sich die Universitäten auf den Neutralitätsgrundsatz, nach dem allen Religionen ein eigener Raum zur Verfügung gestellt werden müsste. Die Lösung an vielen Universitäten in Deutschland lautet: „Raum der Stille“. Ein Raum, der Studierenden aller Glaubensrichtungen gleichermaßen zur Verfügung steht.

Diese Lösung entstand unter einem gewissen Druck. Auch wenn Universitäten um die Trennung von Religion und Staat bemüht sind, kann Beten nicht verboten werden. Wird den Studierenden also kein Raum gegeben, in den sie sich für das Gebet zurückziehen können, müssen die Studierenden auf die Bibliothek, das Treppenhaus oder andere Räume ausweichen.<sup>7</sup>

## 2. Verschleierung

Unter den vielen religiösen Symbolen ist der Schleier wohl das meist diskutierte. Aber auch bei der Verschleierung gibt es, wie bereits gezeigt wurde, Unterschiede. Die folgenden Überlegungen beschäftigen sich mit der Vollverschleierung, also der Nikab und der Burka.

<sup>4</sup> Siehe „TU Berlin schließt Gebetsräume für Muslime“ in: Berliner Zeitung vom 26.02.2016 (abgerufen unter: <https://www.berliner-zeitung.de/berlin/universitaet-tu-berlin-schliesst-gebetsraeume-fuer-muslime-23631462>) (13.05.2019).

<sup>5</sup> Siehe Möller „TU Berlin schließt den Gebetsraum von muslimischen Studierenden“ in: ze.tt vom 14.03.2016 (abgerufen unter: <https://ze.tt/tu-berlin-schliesst-den-gebetsraum-von-muslimischen-studierenden/>) (13.05.2019).

<sup>6</sup> Siehe Möller „TU Berlin schließt den Gebetsraum von muslimischen Studierenden“ in: ze.tt vom 14.03.2016 (abgerufen unter: <https://ze.tt/tu-berlin-schliesst-den-gebetsraum-von-muslimischen-studierenden/>) (13.05.2019).

<sup>7</sup> Vgl. Selle „Bitte in den Keller gehen“ in: Die Tageszeitung (abgerufen unter: <http://www.taz.de/!5521370/>) (13.05.2019).

Insbesondere stellen sich die Fragen, ob die Vollverschleierung der Teilnahme an universitären Veranstaltungen entgegenstehen kann (a) und darüber hinaus, ob die Vollverschleierung auf dem Uni-Gelände insgesamt verboten werden soll (b).

### a) In Veranstaltungen

Zu Beginn des Jahres ging die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) einen entscheidenden Schritt: Sie verbot die Vollverschleierung des Gesichts in Lehrveranstaltungen.<sup>8</sup> Auslöser für diese Entscheidung war die Auseinandersetzung mit einer muslimischen Studentin, die mit Gesichtsschleier zu einem Tutorium erschien, woran sich der Dozent störte. Die CAU begründete ihre Entscheidung mit der offenen Kommunikation, die durch die Verschleierung des Gesichts erschwert würde. In der Richtlinie des Präsidiums der CAU heißt es dementsprechend:

*„Das Präsidium der CAU hat dafür Sorge zu tragen, dass die Mindestvoraussetzungen für die zur Erfüllung universitärer Aufgaben erforderliche Kommunikation in Forschung, Lehre und Verwaltung sichergestellt sind. Zu diesen Mindestvoraussetzungen gehört die offene Kommunikation, welche nicht nur auf dem gesprochenen Wort, sondern auch auf Mimik und Gestik beruht. Da ein Gesichtsschleier diese offene Kommunikation behindert, darf dieser in Lehrveranstaltungen, Prüfungen und Gesprächen, die sich auf Studium, Lehre und Beratung im weitesten Sinne beziehen, nicht getragen werden.“<sup>9</sup>*

Dieses Verbot wurde durch den Zentralrat der Muslime (ZMD) als „unnötig“ kritisiert, da in Deutschland ohnehin kaum vollverschleierte Frauen unterwegs seien. Der ZMD habe außerdem bereits vor einem Jahrzehnt klargemacht, dass im Unterricht ob in Schule oder Uni das Gesicht zeigen pädagogisch und lerntechnisch unverzichtbar sei. Ebenso kritisierte die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen das Verbot, da niemand aufgrund seiner religiösen Überzeugungen ausgeschlossen werden dürfe.<sup>10</sup>

Zuspruch fand die Entscheidung der CAU jedoch seitens der CDU-, SPD- und FDP-Landtagsfraktion. Insbesondere CDU und FDP mahnten, dass die Vollverschleierung ein Zeichen der Unterdrückung von Frauen sei und deshalb abgelehnt werden müsse. Die SPD-Fraktion betonte den Unterschied zwischen einem Kopftuch, welches die Kommunikation nicht beeinträchtigt, und der Vollverschleierung.<sup>11</sup> Angesichts der Stellungnahmen durch die Landtagsabgeordneten stellt sich die Frage, ob dem Verbot der CAU auch ein Landesgesetz folgen wird.

### b) Auf dem Campus

<sup>8</sup> Siehe „Uni Kiel verbietet Vollverschleierung im Hörsaal“ (abgerufen unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Uni-Kiel-verbietet-Vollverschleierung-im-Hoersaal,vollverschleierung102.html>) (13.05.2019).

<sup>9</sup> Siehe Richtlinie (abgerufen unter <https://www.uni-kiel.de/gf-praesidium/de/recht/interne-richtlinien/richtlinie-gesichtsschleier>) (13.05.2019).

<sup>10</sup> Siehe „Uni Kiel verbietet Vollverschleierung im Hörsaal“ (abgerufen unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Uni-Kiel-verbietet-Vollverschleierung-im-Hoersaal,vollverschleierung102.html>) (13.05.2019).

<sup>11</sup> Siehe „Uni Kiel verbietet Vollverschleierung im Hörsaal“ (abgerufen unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Uni-Kiel-verbietet-Vollverschleierung-im-Hoersaal,vollverschleierung102.html>) (13.05.2019).

Das Problem stellt sich ebenso hinsichtlich des gesamten Universitäts-Campus. So könnte über ein Verbot der Vollverschleierung in öffentlichen Gebäuden nachgedacht werden. Dies könnte allerdings einen Verstoß gegen Art. 4 GG darstellen. Die durch Art. 4 Abs. 1 und Abs. 2 geschützte Freiheit, die Lebensführung an der Glaubensüberzeugung auszurichten kann entsprechend der Rechtsprechung insoweit eingeschränkt werden, als religiös bedingte Verhaltensweisen die Durchführung des Staats-, Bildungs- und Erziehungsauftrags gefährden.<sup>12</sup> Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat ferner im Jahr 2014 entschieden, dass das Verbot der Vollverschleierung für Schüler ihr Recht auf freie Religionsausübung nicht in unzulässiger Weise begrenzt.<sup>13</sup> Dem Gericht zufolge sei ein solcher Eingriff aufgrund des staatlichen Bestimmungsrechts aus Art. 7 Abs. 1 GG gerechtfertigt.<sup>14</sup> Mithin scheint ein entsprechendes Verbot der Vollverschleierung auf dem Universitäts-Campus nicht völlig ausgeschlossen. Angesichts der durch den ZMD hervorgebrachten geringen Anzahl von Frauen, die in Deutschland eine Nikab oder eine Burka tragen, bleibt fraglich, ob eine gesetzliche Regelung notwendig ist. Diese Frage stellt sich insbesondere angesichts des großen Eingriffs in die Religionsausübungsfreiheit der Studierenden. Auf der anderen Seite steht wiederum das Gebot der Trennung von Religion und Staat, die eine kleine Regelung fordert.

### 3. Europäischer Vergleich

Die Frage, wie mit der Vollverschleierung im öffentlichen Raum umzugehen ist, stellt sich nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Die folgenden Beispiele zeigen Regelungsmöglichkeiten, für die sich andere europäische Staaten entschieden haben. Diese können in der Debatte um eine eventuelle gesetzliche Regelung in Deutschland berücksichtigt werden.

#### a) Rechtslage in Belgien

Das Tragen einer Gesichtverschleierung im öffentlichen Raum ist in Belgien seit 2011 durch eine Regelung im Strafgesetz verboten. Obwohl die Verschleierungsarten nicht weiter differenziert werden, sollen Nikab und Burka jedenfalls erfasst werden. Zum öffentlichen Raum gehören jegliche Plätze und Einrichtungen, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, also auch Universitäten.<sup>15</sup>

#### b) Rechtslage in Frankreich

In Frankreich wurde 2010 ein umfassendes Verbot der Gesichtverschleierung im öffentlichen Raum erlassen. Wenn durch die Verschleierung eine Identifikation der Person nicht

<sup>12</sup> Siehe den Überblick bei *Hufen*, Grundrechte und Schulrecht: Ausschluss vom Unterricht wegen gesichtsverhüllen- der Verschleierung, JuS 2015, S. 186 (186) sowie Rohe, Muslime in der Schule, BayVBl. 2010, S. 257 (263).

<sup>13</sup> VGH München, NVwZ 2014, S. 1109 f.

<sup>14</sup> Hierzu auch *Preuß* in: Denninger/Hoffmann-Riem/Schneider/Stein (Hrsg.), Alternativkommentar zum Grundgesetz, 3. Aufl. 2001, Art. 4 Abs. 1, 2 Rn. 31.

<sup>15</sup> Deutscher Bundestag, „Verbot der Vollverschleierung“, S. 11, (abgerufen unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/437640/c08a4773077fbb1630f8d3d4224d7932/wd-3-082-15-pdf-data.pdf>) (13.05.2019).

möglich ist, soll das Gesetz zur Anwendung kommen.<sup>16</sup> Allerdings bestehen einige Ausnahmen, wenn das Tragen einer Gesichtsverschleierung durch Rechts- oder Verwaltungsvorschriften angeordnet ist. Ansonsten ist ein Zuwiderhandeln des Gebots eine Straftat und wird mit einer Geldbuße in Höhe von 150 € sanktioniert.<sup>17</sup>

### c) Rechtslage in Norwegen

In Norwegen gibt es zwar kein generelles Verbot der Gesichtsverschleierung, in der Praxis können allerdings Aufgaben im öffentlichen Dienst, die eine uneingeschränkte Kommunikation und Identifizierung voraussetzen, nicht vollverschleiert wahrgenommen werden.<sup>18</sup> Für Studentinnen gibt es entsprechend auch kein landesweites Verbot der Vollverschleierung, aber entsprechende regionale Vorschriften, wie beispielsweise in den Bezirken von Oslo und Akershus.<sup>19</sup>

---

<sup>16</sup> Deutscher Bundestag, „Verbot der Vollverschleierung“, S. 12, (abgerufen unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/437640/c08a4773077fbb1630f8d3d4224d7932/wd-3-082-15-pdf-data.pdf>) (13.05.2019).

<sup>17</sup> Deutscher Bundestag, „Verbot der Vollverschleierung“, S. 13, (abgerufen unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/437640/c08a4773077fbb1630f8d3d4224d7932/wd-3-082-15-pdf-data.pdf>) (13.05.2019).

<sup>18</sup> Deutscher Bundestag, „Verbot der Vollverschleierung“, S. 13, (abgerufen unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/437640/c08a4773077fbb1630f8d3d4224d7932/wd-3-082-15-pdf-data.pdf>) (13.05.2019).

<sup>19</sup> Deutscher Bundestag, „Verbot der Vollverschleierung“, S. 14, (abgerufen unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/437640/c08a4773077fbb1630f8d3d4224d7932/wd-3-082-15-pdf-data.pdf>) (13.05.2019).



## D. Religion im Staatsdienst

An die Frage der Vereinbarkeit von Religion und Jurastudium schließt sich notwendigerweise die der Vereinbarkeit von Religion und Beruf an. Gerade im öffentlichen Dienst steht die freie Religionsausübung in einem besonderen Spannungsverhältnis zu staatlichen Pflichten. Im Folgenden soll daher zunächst auf den Umgang mit religiösen Symbolen im Schuldienst (1.) und auf religiöse Symbole im Gericht (2.) im nationalen Kontext eingegangen werden. Schließlich soll der Vergleich zu anderen europäischen Staaten hergestellt werden (3.).

### 1. Religiöse Symbole in der Schule

Die Religionsfreiheit und das staatliche Neutralitätsgebot kollidierten vor allem im Bereich der Schulen schon vielfach. In zahlreichen Entscheidungen mussten sich die Gerichte hiermit auseinandersetzen – doch nach wie vor ist die Handhabung seitens der Schulen und Gerichte nicht einheitlich.

Ursprung des Kopftuchverbotes an deutschen Schulen war die Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes im September 2003,<sup>20</sup> in welcher konkrete verfassungsrechtliche Anordnungen über ein Kopftuchverbot aufgegeben wurden. Somit wurde der Weg für die Länder (Frühjahr 2004: Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland) geebnet, Gesetze zu erlassen, aufgrund welcher Schulbehörden Kopftuchverbote anordnen konnten. Der Wortlaut der Gesetze ist länderübergreifend ähnlich und verbietet Lehrkräften das Tragen religiöser Kleidungsstücke oder Symbole, die geeignet sind, die Neutralität des Staates zu gefährden. Es handelt sich also um ein präventives Verbot, bei der es um die Vorbeugung potenzieller und abstrakter Gefahr, aber nicht um die Prüfung, ob auch eine konkrete Gefahr vorliegt, geht.

Bis zu einer erneuten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 2015 war dieses Gesetz unstrittig. In Urteilen dieses Zeitraumes wurden die Grundrechte der Lehrerin stets weniger gewichtet, als die der Schüler und Eltern, sowie das staatlichen Neutralitätspflicht.<sup>21</sup> Ins Wanken geriet diese bis dahin anerkannte Rechtsprechung, mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2015.<sup>22</sup> Anlass waren die Klagen einer muslimischen Sozialpädagogin aus Düsseldorf und einer muslimischen Lehrerin aus Herne. Diese waren wegen arbeitsrechtlicher Maßnahmen vor allen Arbeitsgerichten gescheitert und erhoben im Zuge dessen Verfassungsbeschwerde. Das Bundesverfassungsgericht entschied entgegen der bis dato herrschenden Rechtsprechung, dass ein pauschales Kopftuchverbot verfassungsrechtlich gerade nicht zu rechtfertigen sei. Es entschied, dass die bis dahin geltende Landesvorschrift zwar nicht nichtig sei, aber einschränkend ausgelegt werden müsse. Es dürfe nicht von einer pauschalen, abstrakten Gefahr ausgegangen werden, sondern es müsse eine konkrete Gefahr anderer verfassungsrechtlicher Güter vorliegen. Das bloße

<sup>20</sup> BVerfGE 108, 282.

<sup>21</sup> BAG NZA-RR, 2010; BayVGh NV 2008, 40; HessStGH NVwZ 2008, 199.

<sup>22</sup> NJW 2015, 1359.

Tragen eines religiösen Kopftuches indiziere keinen werbenden oder missionierenden Hintergrund. Vielmehr stelle es den Alltag einer „religiös-pluralistischen Gesellschaft“ in ihrer Vielfalt wieder.

Demnach sei ein Kopftuchverbot nur haltbar, wenn die Lehrkraft auch verbal und ausdrücklich für ihre Religion werbe. So klar, wie diese Entscheidung auf den ersten Blick scheint, war sie im Urteilsprozess und auch in späteren Urteilen der Länder nicht mehr. Zwei der Richter sprachen sich deutlich für das Gesetz aus, und stützten sich vor allem auf die Vorbildfunktion und das besondere Verhältnis zwischen Lehrer\*in und Schüler\*in. Das so entschiedene Urteil führe zu erheblichen Beweisproblemen und stünde vor allem einer einheitlichen und allgemeinen Regelung im Wege, die als Prävention für weltanschaulich-religiöse Konflikte gedacht war. Zumal sei nicht zu vernachlässigen, dass es sich bei Lehrer\*innen immer noch um Amtsträger\*innen handele, die damit der Neutralität des Staates verpflichtet seien. Es ginge eben nicht um die private Ausübung des Glaubens, sondern um die Besonderheit der Amtsträger\*innen als Repräsentant\*innen des Staates. Wenn dieser sich zur Neutralität verpflichte, müssten es seine Repräsentant\*innen auch.

In einer Entscheidung des Berliner Arbeitsgerichtes,<sup>23</sup> vor welchem eine Muslimin klagte, da ihr Wunsch auf Arbeit an einer Grundschule abgelehnt, und sie an eine weiterführende Schule verwiesen wurde, wurde das Neutralitätsgesetz des Landes Berlin bestätigt und als verfassungsgemäß anerkannt. Obwohl es also bereits drei Jahren zuvor eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Auslegung des Gesetzes in Nordrhein-Westfalen, das genauso auf das Landesrecht Berlins übertragbar ist, gab, entschied dieses Gericht konträr und bestätigte das Kopftuchverbot im vorliegenden Fall. Das Landesarbeitsgericht sprach der Klägerin allerdings eine Entschädigung zu und berief sich hier konkret auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes.<sup>24</sup>

Es bleibt also trotz oder gerade wegen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts weiterhin spannend, welche Auswirkung diese Entscheidung für die Gerichte der jeweiligen Länder hat.

## 2. Religiöse Symbole im Gericht

Hinsichtlich religiöser Symbole im Gericht müssen die Rechte und Pflichten der Prozessbeteiligten und des Staates gegeneinander abgewogen und in Ausgleich gebracht werden. Insbesondere die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts über Kreuze und Kruzifixe in Gerichtssälen und über kopftuchtragende Rechtsreferendarinnen waren dabei wegweisend.

Kreuze und Kruzifixe wurden in deutschen Gerichten lange toleriert. Dabei sind sowohl Fälle vom kleinen Kreuz an der Wand bis hin zum Standkruzifix auf dem Richtertisch mit einer Höhe von 75 cm und einer Spannweite von 40 cm bekannt.<sup>25</sup> Im Unterschied zum Kreuz stellt das Kruzifix den ans Kreuz genagelten Christus meist plastisch dar. Beide gelten als Symbol für den christlichen Glauben. Erscheinen sie im Gerichtssaal, kann die negative

<sup>23</sup> Urt. v. 09.05.2018, Az. 60 Ca 8090/17.

<sup>24</sup> Urt. v. 27.11.2018, Az. 7 Sa 963/18.

<sup>25</sup> In der Verwaltungsgerichtsbarkeit Nordrhein-Westfalen, so BVerfGE 35, 366 (367).

Religionsfreiheit der Prozessbeteiligten und die Neutralitätspflicht des Staates verletzt sein. In seiner Entscheidung aus dem Jahre 1973 stellte das Bundesverfassungsgericht fest, dass bei Kreuzen, die lediglich der künstlerischen Ausschmückung des Raumes dienen oder als Schwurgegenstand zur Eidablegung in den Raum gebracht werden, die negative Religionsfreiheit nicht verletzt sei.<sup>26</sup> Selbst wenn das Kreuz oder das Kruzifix zur gewöhnlichen Raumausstattung gehört, geht das Bundesverfassungsgericht nicht von einer generellen Verletzung des Rechts aus Art. 4 Abs. 1 GG, sich dem Glauben eines anderen nicht aussetzen zu müssen, aus. Begründet wird dies zum einen damit, dass weite Kreise der Bevölkerung gegen die Anbringung von Kreuzen in Gerichtssälen nichts einzuwenden hätten.<sup>27</sup> Zum anderen, dass das bloße Vorhandensein eines Kreuzes weder eine eigene Identifizierung mit den darin symbolhaft verkörperten Ideen oder Institutionen noch ein irgendwie geartetes aktives Verhalten verlange.<sup>28</sup> Dennoch erkennt es an, dass der Zwang zur Verhandlung unter dem Kreuz entgegen der eigenen religiösen oder weltanschaulichen Überzeugung zur Unzumutbarkeit und damit zur Verletzung der negativen Religionsfreiheit führen kann.<sup>29</sup> Von einer generellen Entscheidung über die Zulässigkeit von Kreuz und Kruzifix im Gerichtssaal sah das Gericht damals ab. Umfang und Tragweite einer solchen Prüfung stünden in keinem vertretbaren Verhältnis zu der Bedeutung des zu entscheidenden Falles.<sup>30</sup> Durch das Kreuz oder das Kruzifix im Gerichtssaal kann jedoch auch der Eindruck erweckt werden, es solle eine enge Verbundenheit mit den christlichen Vorstellungen bekundet werden.<sup>31</sup> Dies würde die Pflicht des Staates zu religiöser Neutralität verletzen. Auf diese Erwägung kommt es besonders in einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2017 an. Hier ging es um die Frage, ob eine Rechtsreferendarin in Hessen, der das Tragen des Kopftuches auf der Richterbank untersagt wurde, in ihrer Religionsfreiheit verletzt ist. Das Bundesverfassungsgericht stellte dabei zunächst klar, dass der Staat, zu dem auch die Justiz zählt, zu religiös-weltanschaulicher Neutralität verpflichtet ist. Demnach dürfe sich der Staat mit keiner Religion identifizieren.<sup>32</sup> In laizistischen Staaten (Bsp.: Frankreich, Irland, Belgien, Niederlande) wird Neutralität des Staates dabei als die strikte Trennung von Staat und Kirche verstanden. Das Bundesverfassungsgericht entnimmt dem Grundgesetz hingegen ein Verständnis von Neutralität, nach dem der Staat die Glaubensfreiheit für alle Bekenntnisse gleichermaßen aktiv fördert.<sup>33</sup> Die Neutralität des Staates sieht das BVerfG in seiner Entscheidung dadurch verletzt, „dass es [das Tragen des Kopftuches, Anm. des Verf.] in Abhängigkeit vom sozialen Kontext verbreitet als Hinweis auf die muslimische Religionszugehörigkeit der Trägerin gedeutet wird“.<sup>34</sup> Unklar bleibt jedoch, warum bei der kopftuchtragenden Rechtsreferendarin die Neutralitätspflicht des Staates von vornherein verletzt ist, das Kruzifix im Gerichtssaal jedoch erst bei der Unzumutbarkeit für einen Prozessbeteiligten hiergegen verstößt. Neben der Neutralität des Staates verweist das Bun-

<sup>26</sup> BVerfGE 35, 366 (373 f.).

<sup>27</sup> Vgl. BVerfGE 35, 366 (375).

<sup>28</sup> Vgl. BVerfGE 35, 366 (375).

<sup>29</sup> Vgl. BVerfGE 35, 366 (375 f.).

<sup>30</sup> Vgl. BVerfGE 35, 366 (375).

<sup>31</sup> BVerfGE 35, 366 (374).

<sup>32</sup> Vgl. BVerfGE 30, 415 (422); BVerfG, Beschluss der 1. Kammer des Zweiten Senats vom 27. Juni 2017 - 2 BvR 1333/17 - Rn. 47.

<sup>33</sup> Vgl. BVerfG, Beschluss der 1. Kammer des Zweiten Senats vom 27. Juni 2017 - 2 BvR 1333/17 - Rn. 47.

<sup>34</sup> Vgl. BVerfG, Beschluss der 1. Kammer des Zweiten Senats vom 27. Juni 2017 - 2 BvR 1333/17 - Rn. 47.

desverfassungsgericht 2017 auch auf die richterliche Unabhängigkeit, die durch die religiöse Identifikation gefährdet sein könne.<sup>35</sup> Bezüglich der negativen Religionsfreiheit der Prozessbeteiligten wird besonders betont, dass vor Gericht weniger oder keine Ausweichmöglichkeiten bestünden, um mit dem Religionsbekenntnis nicht konfrontiert zu werden.<sup>36</sup> Sowohl bei der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1973 als auch bei der von 2017 fällt auf, dass das BVerfG nicht auf einen möglichen Einfluss des religiösen Symbols auf die richterliche Entscheidungsfindung abstellt, sondern auf die Wirkung, die das religiöse Symbol im sozialen Kontext hat.

### 3. Europäischer Vergleich

Der Blick in das europäische Ausland zeigt, dass mit religiösen Symbolen im öffentlichen Dienst verschieden umgegangen wird. Das liegt nicht zuletzt an den unterschiedlichen Neutralitätskonzepten. Seit einigen Jahren werden insbesondere das Kopftuch und die Vollverschleierung in nahezu allen europäischen Ländern intensiv diskutiert. In Frankreich führte das dazu, dass seit 2010 ein Verschleierungsverbot für die Öffentlichkeit gilt (s.o.), das sich auch auf den öffentlichen Dienst auswirkt. Mit dem Argument, durch das Verbot lege Frankreich auf legitime Art und Weise die Bedingungen des gesellschaftlichen Miteinanders fest, bestand das Verbot sowohl vor dem französischen Verfassungsrat als auch vor dem EGMR.<sup>37</sup> Auch in Belgien ist es seit 2010 verboten, Kleidungsstücke zu tragen, die verhindern, dass eine Person im öffentlichen Raum identifiziert werden kann.<sup>38</sup> (s.o.) Von dieser Regelung ausgenommen sind lediglich Gotteshäuser und Kultstätten.<sup>39</sup> In den Niederlanden, der Schweiz und in Dänemark wurde ebenfalls ein Verschleierungsverbot diskutiert. Es kam allerdings in keinem der drei Länder zustande.<sup>40</sup> Wie in Norwegen (s.o.) gibt es auch in Schweden kein generelles Verbot, allerdings kann das Tragen religiöser Kleidung am Arbeitsplatz untersagt werden. Das setzt aber voraus, dass dies aus Sicherheitsgründen erforderlich ist.<sup>41</sup> Finnland hingegen kennt überhaupt kein Verschleierungsverbot. Weder an Schulen noch bei Beamten oder in Behörden.<sup>42</sup>

### E. Arbeitsauftrag

Als Vorbereitung auf die Arbeit im Workshop bitten wir alle Teilnehmenden, sich darüber zu informieren, welche religiösen Rahmenbedingungen, zum Beispiel das Bereitstellen von Gebetsräumen, an euren Fakultäten beziehungsweise Universitäten geschaffen werden.

<sup>35</sup> BVerfG, Beschluss der 1. Kammer des Zweiten Senats vom 27. Juni 2017 - 2 BvR 1333/17 – Rn. 49.

<sup>36</sup> BVerfG, Beschluss der 1. Kammer des Zweiten Senats vom 27. Juni 2017 - 2 BvR 1333/17 – Rn. 52 f.

<sup>37</sup> Vgl. Grzeszick in Abmeier/Bahr/Volk, Monitor Religion und Politik, 2015, S. 37 ff.

<sup>38</sup> Vgl. Grzeszick in Abmeier/Bahr/Volk, Monitor Religion und Politik, 2015, S. 37 ff.

<sup>39</sup> Deutscher Bundestag, „Verbot der Vollverschleierung“, S. 11, (abgerufen unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/437640/c08a4773077fbb1630f8d3d4224d7932/wd-3-082-15-pdf-data.pdf>) (13.05.2019).

<sup>40</sup> Zu den Niederlanden und der Schweiz: Grzeszick in Abmeier/Bahr/Volk, Monitor Religion und Politik, 2015, S. 37 ff.; zu Dänemark: Deutscher Bundestag, „Verbot der Vollverschleierung“, S. 13 f., (abgerufen unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/437640/c08a4773077fbb1630f8d3d4224d7932/wd-3-082-15-pdf-data.pdf>) (13.05.2019).

<sup>41</sup> Deutscher Bundestag, „Verbot der Vollverschleierung“, S. 14, (abgerufen unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/437640/c08a4773077fbb1630f8d3d4224d7932/wd-3-082-15-pdf-data.pdf>) (13.05.2019).

<sup>42</sup> Deutscher Bundestag, „Verbot der Vollverschleierung“, S. 11 f., (abgerufen unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/437640/c08a4773077fbb1630f8d3d4224d7932/wd-3-082-15-pdf-data.pdf>) (13.05.2019).



## **Impressum**

### **Herausgeber**

Bundesverband Rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V.  
c/o FSR Rechtswissenschaften der Universität Hamburg  
Rothenbaumchaussee 33  
20148 Hamburg

[www.bundesfachschaft.de](http://www.bundesfachschaft.de)  
[info@bundesfachschaft.de](mailto:info@bundesfachschaft.de)

### **Text**

Severin Fuchs  
Marleen Kröger  
Marlene Schmitt  
Melissa Sehringer

Mit Unterstützung von Inken Huschke